

Antrag

**der Abgeordneten Dennis Gladiator, Joachim Lenders, Karl-Heinz Warnholz,
Dennis Thering, Michael Westenberger (CDU) und Fraktion**

Betr.: Auf dem linken Auge blind – Senat muss Linksextremismus entschieden bekämpfen

Der Hamburger Verfassungsschutz warnt weiterhin vor linksextremistischen Strömungen und Gruppierungen. In der Bürgerschaft wurden die Ausschreitungen rund um den 1. Mai 2015 – mit rund 30 verletzten Polizisten – scharf verurteilt. Mehr als Mitleidsbekundungen und Genesungswünsche für Polizisten bietet der rot-grüne Senat allerdings nicht, sofern es um Linksextremismus und linksextreme Gewalt geht. Stattdessen schweigt schon der Koalitionsvertrag von SPD und GRÜNEN konsequent zu diesem Problem. Konzepte, die beispielsweise Aufklärungskampagnen gegen Linksextremismus beinhalten, existieren schlichtweg nicht oder werden nicht unterstützt. Dabei verzeichnete Hamburg im Jahr 2014 – als Hauptstadt der linksextremen Gewalt – 219 linksextremistisch motivierte Gewalttaten. Während es an Programmen und Projekten gegen rechtsradikales oder gar „rechtes“ Gedankengut an Unterstützung nicht fehlt, ist der Senat auf dem linken Auge jedoch blind. Extremismus – egal welchen politischen Hintergrundes – darf jedoch nicht geduldet oder bagatellisiert werden.

Linksextreme Ideologie kann hochgefährlich sein, sie richtet sich gegen den Rechtsstaat und entmenschlicht Vertreter anderer Denkweisen häufig mit einer scharfen Rhetorik ganz bewusst. Gewalt wird als ein völlig akzeptiertes Mittel aufgefasst, um gegen das als falsch empfundene System vorzugehen. Abweichende Meinungen werden dabei oft nicht geduldet. Es ist klar, dass auch linksextreme Strömungen keinen monolithischen Block bilden, sondern unterschiedliche und auch unterschiedlich extreme Ansichten existieren. Häufig kommt es jedoch vor, dass sowohl staatliches Handeln generell als auch private Lebensmodelle, privates Eigentum und private Freiheit nicht nur infrage gestellt, sondern militant abgelehnt und bekämpft werden. Eine solche Denkweise hat in einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft nichts verloren und darf nicht verharmlost werden. Hier muss eine durchaus differenzierte, aber ernsthafte Aufklärung stattfinden und nicht ein Ignorieren oder gar eine Verharmlosung des Problems. Wir benötigen endlich ein Konzept gegen Linksextremismus in Hamburg.

Erforderlich ist eine umfassende Aufklärung über die verschiedenen linksextremen Strömungen durch Angebote der Freien und Hansestadt Hamburg. Öffentliche Aufklärungsarbeit über Linksextremismus muss durch den Senat initiiert und gefördert werden. Zentraler Bestandteil sollte dabei eine Internetplattform sein, auf der Ansprechpartner und Projekte, an die sich die Bürger wenden können, zentral aufgeführt werden. Dies kann als Unter-Seite zu „hamburg.de“ gestaltet werden. Insbesondere muss auch Eltern, deren Kinder in Berührung mit der linksextremen Szene geraten, eine schnelle und professionelle Beratung ermöglicht werden. Darüber hinaus muss aktiv an den Hamburger Schulen über Linksextremismus aufgeklärt werden. Beispielsweise sollte der Extremismus Einzug in die Lehrpläne der Schulen im Fach Politik/Gesellschaft/Wirtschaft beziehungsweise Gesellschaftswissenschaften finden.

Statt dieses Problem jedoch bewusst anzugehen, toleriert und unterstützt der Senat mittelbar Vertreter aus dem linksextremen Spektrum noch und verfestigt Hamburg so nachhaltig zu einer Hochburg des Linksextremismus. Jüngstes Beispiel für die Verharmlosung durch den Senat ist das Auftreten linksextremer Musikgruppen auf dem Hafengeburtstag. Der Hafengeburtstag in Hamburg ist ein öffentliches Aushängeschild der Freien und Hansestadt Hamburg. Mehr als nur ein touristischer Anziehungspunkt, stellt er eine kulturelle Tradition Hamburgs dar und bietet zahlreichen Darstellern eine Plattform für die Darbietung vielfältiger Kunstformen. Dabei wird Hamburgs Weltoffenheit und Toleranz deutlich unterstrichen. Allerdings hat sich schon seit mehreren Jahren ein Auftreten von Musikgruppen mit deutlich linksextremistischem Hintergrund auf dem Hafengeburtstag etabliert. Zuvor auf dem offiziellen Portal Hamburgs angekündigt, trat in diesem Jahr auf der „Jolly Roger Bühne“ unter anderem die Band „The Oppressed“ auf, deren Texte Zeilen wie „fight the enemy, fight the law (...) streets can burn, governments too“ enthalten und dort auch vorgetragen wurden. Ein weiteres Beispiel ist der Auftritt der Gruppe „Slime“ im Jahr 2011, die aufgrund der häufig wiederholten Zeilen „Deutschland verrecke“ und „Deutschland muss sterben, damit wir leben können“ und Veröffentlichungen mit Namen wie „Wir wollen keine Bullenschweine“ und „Fick das Gesetz“ zu größerer Bekanntheit im linksextremen Spektrum gekommen ist.

Die Verbreitung solcher Ansichten entspricht nicht den rechtsstaatlich-demokratischen Werten, denen der Senat verpflichtet ist. Es ist vielmehr die Aufgabe des Senats, entsprechende Musikgruppen nicht auf öffentlichen Veranstaltungen, die in der Verantwortung der Freien und Hansestadt Hamburg – im Falle des Hafengeburtstags der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation – stattfinden, auftreten zu lassen und diese auch noch zu bewerben.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. ein Konzept gegen Linksextremismus zu entwickeln und langfristig zu finanzieren und zum Beispiel
 - a. eine Internetplattform einzurichten (gegebenenfalls als Unter-Seite der hamburg.de-Plattform), die Informationen über Linksextremismus bündelt, Aktivitäten und Ansprechpartner nennt (auch Mitarbeiter der Sicherheitsbehörden) und deutlich macht, dass Hamburg Linksextremismus nicht duldet (zum Beispiel „Hamburg-gegen-Linksextremismus“).
 - b. eine zentrale Beratungsstelle einzurichten, an die sich sowohl Eltern, deren Kinder mit der linksextremen Szene in Berührung kommen, als auch anderweitig von Linksextremismus und linksextremer Gewalt betroffene Menschen wenden können.
 - c. Aufklärungsarbeit an Hamburger Schulen über alle Formen des politischen Extremismus zu fördern und Extremismus in den Bildungsplänen der gesellschaftlichen Fächer zu verankern.
2. ein Auftreten von Musikgruppen mit linksextremem Hintergrund auf öffentlichen, von der Freien und Hansestadt Hamburg organisierten Veranstaltungen zu verhindern.